

Der Präsident



Sächsisches Staatsministerium für
Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Staatsminister
Herrn Martin Dulig
Wilhelm-Buck-Straße 2
01097 Dresden

Handelsverband
Sachsen
Arbeitgeberverband

Könneritzstraße 3
01067 Dresden
Telefon (03 51) 8 67 06 12
Telefax (03 51) 8 67 06 30
Internet www.handel-sachsen.de
E-Mail hvs-land@handel-sachsen.de

27.03.2020

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

die gegenwärtige Situation hat uns alle in rasanter Geschwindigkeit erfasst. Gesundheitspolitische Maßnahmen zur Einschränkung von Kontakten wurden umgesetzt, brachten ausgewählte Branchen jedoch vollständig zum Erliegen. Im Vertrauen auf die verantwortungsvolle Abwägung derartig einschneidender Maßnahmen werden diese jedoch nicht angezweifelt.

Ebenso wenig wie die Politik waren auch die Unternehmen auf ein solches bis dato undenkbares Szenario vorbereitet. Erste, richtige Maßnahmen zur Rettung der Wirtschaft mussten schnell auf den Weg gebracht werden und sind zu begrüßen. Existenzielle Fragen inhabergeführter Unternehmen aus Sachsens Mittelstand, die gegenwärtig mangels Absatzmöglichkeiten einen Totalausfall erleben und andererseits vor der Tatsache stehen, dass sämtliche Fixkosten weiterlaufen, sind unterdessen noch ungeklärt.

Mit unserer nachstehenden Einschätzung zu den wichtigsten Eckpunkten wenden wir uns mit der eindringlichen Bitte an Sie, die mittleren Betriebe mit mehr als zehn Beschäftigten und einem Jahresumsatz von über eine Million Euro in ihrer Existenzfähigkeit zu unterstützen. Die jetzt gewählten Grenzen sind unzureichend und spiegeln nicht den tatsächlichen Bedarf wider. Eine Branche, die allein etwa 70 Prozent Wareneinsatz verbucht, verfügt auch bei Umsätzen jenseits einer Million Euro abzüglich der Kosten nur über durchschnittliche Ergebnisse von einem bis zwei Prozent. Das sind in gesunden Zeiten Erträge, aus denen sich Investitionen und Darlehenstilgungen für reguläre Kredite überwiegend noch bedienen lassen. Weitere Kredite für verloren gegangene Umsätze werden auf absehbare Zeit aber wohl in großem Maße nicht bedient werden können. Die finanzielle Belastung wird die Unternehmen kurzfristig, spätestens mittelfristig in ihrer Solvenz treffen.

Bankverbindung:
Dresdner Volksbank Raiffeisenbank eG
Konto-Nr.: 2 649 371 000
BLZ: 850 900 00
IBAN: DE18850900002649371000
BIC: GENODEF1DRS

Steuer-Nummer: 201/140/12077
Ust-IdNr.: DE 206787959

Amtsgericht Dresden, VR-Nr. 2976

KfW – Kreditanstalt für Wiederaufbau

Mit Blick auf die Programme der KfW und die derzeitige Praxis müssen wir leider konstatieren, dass die Unternehmen diesbezüglich kaum Zugang haben und die Hausbanken wenig bis gar nicht gesprächsbereit sind. Dieser Umstand ist Beteiligten auch aus Nicht-Krisenzeiten bekannt und liegt unter anderem darin begründet, dass die KfW den Aufwand der Hausbanken als durchleitende Kreditinstitute nur mit marginalen Aufwandsentschädigungen vergütet. Das bremst den Prozess und es werden langwierige Formalitäten ausgetauscht, beispielsweise eine geforderte (16-seitige) Selbstauskunft. Hausbanken und KfW geben sich wechselseitig daran die Schuld – und das auf Kosten der Zeit und damit der Solvenz der Unternehmen. Zudem sind Konditionen und Laufzeit für Handelsunternehmen nicht umsetzbar.

BBS – Bürgschaftsbank Sachsen

Zur Überbrückung von Lieferanten-Verbindlichkeiten ist das sehr zügig und pragmatisch umgesetzte Instrument der „Express-Bürgschaft“ bis 500.000 Euro hilfreich und die Anhebung auf 90 Prozent Verbürgung ein wichtiger Beitrag. Bearbeitungs- und Bewilligungsgeschwindigkeit sind ersten Erfahrungen zufolge gut und die Kommunikation zwischen Bürgschaftsbank und Hausbanken stimmig. Eine Finanzierung von echten Kosten außerhalb des Warengeschäftes ist betriebswirtschaftlich jedoch nicht gesund und verlagert die Liquiditätsprobleme schlicht in die Zukunft.

Kurzarbeitergeld

Der Vollständigkeit halber sei auch hierzu eine kurze Einschätzung gegeben. Die Arbeitsagenturen haben sich sehr schnell auf den Ansturm auf das Kurzarbeitergeld eingestellt und arbeiten nach Kräften an der Vergabe. Eine entlastende Wirkung wird nur mit einer gewissen Verzögerung erreicht, da grundsätzlich zunächst Überstunden abzugelten sowie Urlaub aus dem Vorjahr einzubringen und die Unternehmen meist erstmals damit konfrontiert sind.

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

wir appellieren an Sie, die vielen stadtbildprägenden und historisch-kulturell tief in den Regionen verwurzelten Unternehmen mit konkreten Direkthilfen zu unterstützen. Sind es doch eben diese Unternehmen, die eine erhebliche volkswirtschaftliche Relevanz besitzen und oft und gern als Stütze der Gesellschaft bezeichnet werden. Diese mittelständischen geprägten Unternehmen partizipieren nicht hinreichend von den verabschiedeten Bundes- und Landesprogrammen, sind aber die, die für die vielen Arbeitsplätze im Handel stehen, entsprechende Mietflächen besetzen und steuerrelevante Umsätze/Erträge erzielen.

Auch für diese Unternehmen müssen wirksame Soforthilfen bereitgestellt werden – Kredite, die aufgenommen werden, um Kosten der Schließzeit zu decken, werden von einer schmerzhaft großen Zahl von Unternehmen nicht zurückgezahlt werden können.

Ein konsequenter Ansatz wäre es beispielsweise, die von der Schließung betroffenen Geschäfte in ihrer meist zweitgrößten Kostenposition nach den Personalkosten, der Miete, zu entlasten. Ein Zuschuss in Form einer Mietübernahme für die kommenden Monate - ausgeschüttet beispielsweise durch die KfW – wäre eine konkret greifbare Unterstützungsmaßnahme und gleichzeitig ein solidarisches Mittel. Es partizipieren alle geschlossenen Geschäfte gleichermaßen und zwar in der Höhe, wie sie sonst üblicherweise auch monatlich kalkulieren. Dieses Vorgehen wäre fair und der Zuschuss würde zweckgebunden seinen Sinn, die Unternehmen in konkreten Kostenpositionen zu entlasten, erfüllen. Ein vergleichbarer Ansatz könnte darin liegen, den betroffenen Unternehmen pro Arbeitskraft (VZÄ) einen Zuschuss in Höhe von 1.000,00 Euro zu gewähren. Dies würde gleichzeitig auf den Aspekt des Erhalts von Arbeitsplätzen einzahlen.

Politik und Handel müssen jetzt eng zusammenarbeiten und gemeinsam kurzfristig ein wirksames Direkthilfeprogramm entwickeln, um den Einzelhandel und damit unsere Innenstädte und Regionen nicht zu verlieren.

Gern stehen wir Ihnen jederzeit für weiterführende Gespräche zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Joachim Otto
Präsident
Franz Otto GmbH & Co. KG, Auerbach

gez. Catrin Almstädt
Vizepräsidentin
Büro Werner GmbH, Leipzig

gez. Anke Krause
Vizepräsidentin
Schreibwaren K. Steyer, Freiberg

gez. Roger Ulke
Vizepräsident
Konsum Dresden eG, Dresden

gez. Sebastian Kohrmann
Schatzmeister
EDEKA-Nordbayern-Sachsen-Thüringen
Stiftung und Co. KG, Rottendorf

gez. Stefan Breitner
Vorsitzender Tarifpolitischer Beirat
EDEKA-Nordbayern- Sachsen-Thüringen
Stiftung und Co. KG, Rottendorf

gez. Bernd Kippig
Präsidiumsmitglied
Roller GmbH, Chemnitz

gez. Klaus Vester
Präsidiumsmitglied
Vepo-Polster Möbelhandelsgesellschaft mbH, Ostrau

gez. Ulrich Fischer
Präsidiumsmitglied
Mein Fischer seit 1832, Leipzig

gez. Christoph Pfeiffer
Präsidiumsmitglied
CKM Handels- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Freital

gez. Rüdiger Günl
Präsidiumsmitglied
Gü-Sport-Mode-Freizeit und Reisevertriebs GmbH, Wilkau-Haßlau

gez. Michael Faupel
Präsidiumsmitglied
Konsum Leipzig eG, Leipzig

gez. Silvio Herzog
Präsidiumsmitglied
GF Vertrieb Region Ost

gez. Carsten Doms
Präsidiumsmitglied
expert Electronic-Service-Center GmbH, Hoyerswerda

gez. Björn Keyser
Präsidiumsmitglied
REWE Björn Keyser oHG, Radebeul

gez. Dirk Kinne
Präsidiumsmitglied
Kinne & Schenke GbR/Tabak-Kontor, Leipzig

gez. René Glaser
Hauptgeschäftsführer
Handelsverband Sachsen e. V.